

Berlin. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,

Berlin. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, spricht sich für spürbare Gehaltserhöhungen im Öffentlichen Dienst aus.

Auftakt zu den Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Die Kommunen lehnen die Forderung der Gewerkschaften nach 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab und warnen vor den Folgen. Kommt jetzt der kräftige "Schluck aus der Pulle" für die Beschäftigten?

Peter Bofinger: Es ist durchaus gesamtwirtschaftlich sinnvoll, wenn Löhne und Gehälter nach dem Produktivitätsfortschritt erhöht werden. Der dürfte 2016 bei knapp einem Prozent liegen. Zudem kommt noch ein Inflationsausgleich von knapp zwei Prozent dazu, wie er dem Ziel der Europäischen Zentralbank entspricht. Damit liegt ein vernünftiger Richtwert für Lohnerhöhungen aktuell bei knapp drei Prozent für die Gesamtwirtschaft. Wenn die Lohnerhöhung etwas stärker ausfallen würde, als es dieser Lohnformel entsprechen würde, wäre das auch ein Beitrag zum Abbau der Ungleichheit in Deutschland. Eine höhere wirtschaftliche Zufriedenheit der Menschen ist sicher auch politisch sinnvoll. Nach 15 Jahren mit moderaten Lohnsteigerungen wäre es jetzt volkswirtschaftlich vernünftig, wenn Löhne und Gehälter spürbar erhöht würden.

Besser höhere Löhne als niedrige Zinsen?

Bofinger: Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat ja für den Euro-Raum das Ziel einer Inflation in Höhe von knapp zwei Prozent ausgegeben. Aktuell erreichen wir aber nur eine Kerninflationsrate von etwas unter einem Prozent. Vor allem die Lohnentwicklung bestimmt natürlich die Preisentwicklung. Für Preiserhöhungen braucht man auch Verbraucher, die das nötige Geld haben, um diese zu bezahlen. Um die gewünschte höhere Inflation zu erreichen, müssen sich die Löhne entsprechend entwickeln und erhöht werden. Das ist der beste Weg, um wieder aus der Nullzinsfalle herauszukommen.

Aktuell verzeichnet der Staat hohe Steuereinnahmen. In wirtschaftlich schwächeren Zeiten ändert sich dies wieder. Sind starke Lohnerhöhungen im Öffentlichen Dienst nicht ein Risiko vor allem für die Kommunen?

Bofinger: Die Inflationsrate ist ein entscheidender Faktor für die Staatseinnahmen. Wenn wir in Deutschland eine etwas höhere Inflationsrate von zwei Prozent erreichen, dann steigen Löhne und Preise entsprechend stärker und damit auch die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer auf die Warenumsätze. Die Folge wären auch deutlich stärkere Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen.

Bisher scheint die Niedrigzinspolitik der EZB nur geringe Wirkung auf die Inflation zu zeigen. Jetzt wird sogar über "Helikoptergeld" nachgedacht, um das Ziel zu erreichen. Wäre das ein sinnvoller Weg?

Bofinger: Nein, sicher nicht. Es wäre ordnungspolitisch höchst problematisch, wenn die Notenbank direkt Geld verteilen würde. Dann würden die Grenzen von Geldpolitik und Fiskalpolitik enorm verwischt. Die EZB hätte aus meiner Sicht für solche Maßnahmen auch kein Mandat. Der bessere Weg, um höhere Inflation zu erreichen, wären da sicher spürbare Lohnerhöhungen. Und anstelle von Steuergutschriften sollte man besser auf staatliche Ausgaben für Bildung und Investitionen setzen.

Interview: Andreas Herholz

Quelle:	Passauer Neue Presse vom 22.03.2016
Ressort:	Wirtschaft
Dokumentnummer:	29 53006280

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.wiso-net.de/document/PNP_29%2053006280

